



FLASH

Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) und europäischer Demokraten im Europäischen Parlament
Group of the European People's Party (Christian Democrats) and European Democrats in the European Parliament
Groupe du Parti Populaire Européen (Démocrates-Chrétiens) et Démocrates Européens au Parlement européen

Internet address: <http://www.epp-ed.org>
<http://www.cdu-csu-ep.de>

Pressedienst - Press Office - Service de Presse

Brüssel, 6. März 2006

Inge Gräßle (EVP-ED/CDU):

Für Verfahrenserleichterungen und Transparenz - Haushaltsausschuss schließt sich Reformplänen an:

Nach dem Haushaltskontrollausschuss hat sich auch der Haushaltsausschuss des Europäischen Parlaments heute einstimmig für eine Reform der EU-Haushaltsordnung ausgesprochen. "Beide Ausschüsse haben damit eine klare Empfehlung auch an das Plenum des Europäischen Parlaments abgegeben, in der kommenden Woche für mehr Klarheit, Transparenz und Effizienz bei der EU-Haushaltsordnung zu stimmen", erklärte die zuständige Berichterstatterin Inge Gräßle heute in Brüssel.

Kernpunkt einer solchen Reform muss nach Auffassung der CDU-Europaabgeordneten und Ko-Koordinatorin im Haushaltsausschuss die Verfahrenserleichterung im Umgang mit europäischen Behörden sein. "Wir brauchen eine kundenorientierte und flexible europäische Verwaltung. Die europäischen Bürgerinnen und Bürger müssen einen Ansprechpartner finden, genauso wie Europas Unternehmen, wenn es darum geht, Zuschüsse zu erhalten. Nur so können wir wichtige Politiken, vom Zusammenwachsen Europas durch erlebten Austausch zwischen seinen Nationen bis hin zu großen Forschungsprogrammen, die gesamte Wirtschaftszone fördern, aktiv voranbringen", so die baden-württembergische Europaabgeordnete.

Weiterer wesentlicher Punkt der Reform ist die Einführung einer Kosten-Nutzen-Abwägung. "Die Kosten des Verfahrens, auch der Kontrollen, müssen stets im Verhältnis zum zu erreichenden Zweck stehen. Wir wollen, dass Europas Steuergelder nicht verwaltet sondern gewinnbringend angelegt werden", betont die Europaabgeordnete. Deswegen haben wir auch eine nutzerorientierte Datenbank vorgeschlagen, in der die "Kunden" der europäischen Institutionen ihre Daten hinterlegen und bei Bedarf aktualisieren können, um so aufwändige Mehrfacheinreichungen von Dokumenten zu vermeiden.

Auch im Bereich der Auftragsvergabe sollen sich nach dem Willen der Abgeordneten Veränderungen ergeben: "Auch hier gehören die Verfahren entschlackt. Die Verwaltung soll bei kleineren Verträgen die Möglichkeit haben, Verträge ohne aufwändige Ausschreibungsverfahren zu vergeben und den Bietern keine überschweren Dokumentationspflichten auferlegen. Die Verwaltung soll sich nicht durch allzu langfristige Verträge an einen oder wenige Bieter binden. Vielmehr müssen auch regelmäßig andere Bieter zum Zuge kommen können, um einen gesunden und gerechten Markt aufrechtzuerhalten. Dabei sollen künftig gerade auch die Interessen

CDU/CSU-Gruppe in der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament

Knut Götz, M.A. / M.E.L.S., Tel.: +32 - 2 - 28 41341 oder +32 - 479 - 97 21 44 (GSM)

Thomas Bickl, M.A. Tel.: +32 - 2 - 28 32002 oder + 32 - 478 - 21 53 72 (GSM)

Lasse Böhm, Tel.: +32 - 2 - 28 40774 oder +32 - 484 - 65 68 97 (GSM)

Rue Wiertz, B - 1047 Brüssel, Fax: +32 2 28 49044

der kleinen und mittleren Unternehmen, wo dies möglich ist, durch eine Aufteilung von Aufträgen in Teil- und/oder Fachlose berücksichtigt werden."

Klar ist, dass auch die Vermögensinteressen der EU zu schützen sind. Zu diesem Zweck werden auch künftig straffällige Bieter von Vergabeverfahren für bis zu fünf bzw. bei gegen das Vermögen der Union gerichteten Straftaten 10 Jahre von den Vergaben ausgeschlossen. Gleichzeitig wird noch weitergehende Transparenz verordnet: Die EU-Beamten und Angestellten müssen ihre Teilnahme Förderprogrammen stets anzeigen, auch wenn sich hieraus kein Interessenkonflikt ergibt.

"Obgleich schlussendlich in den Ausschüssen insgesamt weit über 150 Änderungsanträge gestellt wurden, ist dies eine Reform mit Augenmass. Es war mir ein Anliegen, nur solche Änderungen zu betreiben, die praktikabel und wirtschaftlich sinnvoll sind. Dabei habe ich mich an dem orientiert, was in den Mitgliedsstaaten - teilweise schon seit langem - Gang und Gäbe ist", so Inge Gräßle.

Inge Gräßle wies jedoch darauf hin, dass die in ihrem Bericht genannten Reformvorschläge zwar einen wichtigen Beitrag für eine bessere und funktionsfähigere Haushaltsordnung leisten würden. "Dies ändert aber nichts an der Tatsache, dass der Geltungsbereich der EU-Haushaltsordnung von weitergehender Gesetzgebung eingeschränkt wird und zudem nur für die direkte, zentrale Verwaltung gilt. Ich plädiere deshalb mittelfristig für eine Neufassung der Haushaltsordnung, da diese in ihrer aktuellen Form nur eingeschränkt reformierbar ist", so die Berichterstatterin. "Heute aber haben wir einen wichtigen Zwischenschritt auch im Hinblick auf eine verbesserte Akzeptanz der Europäischen Union bei Bürgern und Unternehmen gemacht, denn diese werden im Rahmen der bisherigen Form der Antragstellung für Fördermittel eher abgeschreckt", wie Inge Gräßle betonte. "Es kommt nun darauf an, dass sich Kommission und Rat unseren Vorschlägen anschließen."

Für weitere Informationen:

Büro Dr. Inge Gräßle, MdEP, Tel.: +32 - 2 -2847868

EVP-ED-Pressestelle, Knut Gölz, Tel.: +32 - 479 - 972144